

Quarzkies: Freude über Beschluss

Regionalrat beschließt Eckpunkte-Plan – Kein Abbau in Rösberg, Weilerswist und Buschhoven

Von PHILIPP SCHUMACHER

KÖLN/RHEIN-SIEG-KREIS.

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln hat mit fraktionsübergreifender Mehrheit beschlossen, einen genauen Plan zu erarbeiten, der den Quarzkiesabbau im Raum Kottenforst/Ville für die kommenden 30 Jahre festlegt. Die kommunalen Vertreter legten gestern in der Kölner Industrie- und Handelskammer die Eckpunkte dafür fest: Demnach bleibt es bei einer Konzentration der Abbaufäche des Standorts Witterschlick Süd. Der

Sonnenhof in Bornheim-Rösberg, die Standorte Buschhoven (Flerzheim-Nord) und Weilerswist Nord sind damit – zumindest vonseiten der Politik – vom Tisch.

Insgesamt hält es der Regionalrat durch eine Umsetzung des Beschlusses in einen gültigen Regionalplan für möglich, sieben Millionen Tonnen feinen weißen Quarzkies in den nächsten drei Jahrzehnten abzubauen, inklusive vorhandener Reserven.

Die Freude überwog bei den Anwesenden. Der SPD-Fraktionsvize im Regionalrat, Achim

Tüttenberg, teilte Lob in alle Richtungen aus. Der Konsens sei nicht zuletzt ein Verdienst der engagierten Arbeit durch die Landschafts-Schutzvereine Vorgebirge (LSV) und Kottenforst (LSK).

Auch die seit August 2010 amtierende Regierungspräsidentin, Gisela Walsken (ebenfalls SPD), hätte sich in der Sache stark gemacht, dankte Tüttenberg. „Wir sind nun gemeinsam auf der Zielgeraden“, resümierte das Swisttaler Regionalratsmitglied Brigitte Donie. Bornheims Bürgermeister Wolfgang Henseler zeigt sich

zufrieden, dass ein Neuaufschluss am Sonnenhof seiner Gemeinde erspart bleibt. Die anwesenden Landschaftsschützer äußerten sich etwas verhaltener in der Sache, obwohl sie im Grunde mit dem nun beschlossenen, skizzierten Plan ganz gut leben können. Klaus Fietzek vom LSV mahnte allerdings an, ein Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts Aachen zu Quarzkiesabbau nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Vorgestern hatten Richter der Klage eines Abgrabungsunternehmens stattgegeben,

das einen Kiesabbau einforderte. Die Begründung lautete nach einem Hinweis der CDU-Fraktion, dass die Bezirksregierung dem Gericht kein Abwägungsmaterial über geeignete Flächen hätte angeben können. „Die ausführliche Begründung dieses frischen Urteils möchte ich zunächst einmal lesen“, so Fietzek.

Die nächste Aufgabe werde nun für die Bezirksregierung darin bestehen, den Beschluss in eine juristisch einwandfreie Form zu gießen, sagte Tüttenberg, „damit er möglichst wenig Angriffsfläche für etwaige

Klagen durch Abbaunehmen bietet“. Denn nicht nur Tüttenberg, sondern auch die Vereine rechnen fest damit, dass genau das passieren wird. „Für uns gibt es weiterhin viel zu tun“, erklärte Monika Goldammer-Dittrich vom LSK.

Die Landschafts-Schutzvereine wollen die Einführung des sogenannten Monitoring in den Fokus nehmen, mit dem der Quarzabbau ständig kontrolliert werden soll. Ein solches Unternehmen wäre aus ihrer Sicht nur sinnvoll, wenn es von einer neutralen Stelle durchgeführt würde.